

Geschichtswissenschaft in politischen Zeiten: Bericht vom 52. Deutschen Historikertag in Münster, 25.-28. September 2018

Müller, Christina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Müller, C. (2018). Geschichtswissenschaft in politischen Zeiten: Bericht vom 52. Deutschen Historikertag in Münster, 25.-28. September 2018. *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-82491-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Christina Müller | Veranstaltungsbericht | 04.10.2018

Geschichtswissenschaft in politischen Zeiten

Bericht vom 52. Deutschen Historikertag in Münster, 25. - 28. September 2018

In einem so politischen Jahr wie 2018 war den Organisator_innen des 52. Historikertages offensichtlich daran gelegen, nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwartsgesellschaft in den Blick zu nehmen. Angesichts von Panels zu Themen wie „Fleisch (nicht) essen“ und „Helikoptereltern, Hartz-IV-Familien, Migrantenkids“ hätte man in Münster beinahe glauben können, sich auf den DGS-Kongress verirrt zu haben, ganz zu schweigen von der fast allgegenwärtigen Auseinandersetzung mit dem politischen Rechtsruck. Und mit diesen programmatischen Schwerpunkten kam der Verband seinem Publikum durchaus entgegen: In aller Regel waren Sektionen, die sich mit Themen wie Rassismus oder der Neuen Rechten befassten, sehr gut besucht oder gar derart überfüllt, dass zu spät Gekommene nicht mehr in den Hörsaal hineingelassen wurden.

Andere Panels, etwa die sehr interessante Sektion zum Nahen Osten im 20. Jahrhundert mit BIRGIT SCHÄBLER (Beirut), ASTRID MEIER (Halle), MARA ALBRECHT (Erfurt) und BASSEL AKAR (Zouk Mosbeh) wirkten dagegen verloren auf weiter Flur – kaum ein Dutzend Zuhörer_innen hatten den Weg in den offensichtlich überdimensionierten Hörsaal gefunden. Dafür kamen sie aber in den Genuss zahlreicher Einblicke in die komplexen Gesellschaften Syriens und vor allem des Libanon, den Schäbler als vermutlich pluralistischste Demokratie der Welt bezeichnete, da seine achtzehn anerkannten Religionsgemeinschaften in einem komplizierten Proporzsystem miteinander Politik machen.

Die Veranstalter_innen hatten gleich mehrere Sektionen zu den Konflikten der postmodernen Migrationsgesellschaft zugelassen; beispielsweise ging es unter der Leitung von CLAUDIA KRAFT (Wien) und JÜRGEN MARTSCHUKAT (Erfurt) um „Politiken des Weißseins“ in Europa und Nordamerika. Gleich im Anschluss folgte eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Gefahr für die Demokratie? Die neue Rechte in Deutschland“. Wiederholt wurde in dieser Debatte darauf hingewiesen, etwa von FRANK BÖSCH (Potsdam), dass die Forschungen zur Zeitgeschichte sich diesem Phänomen bisher kaum gewidmet hätten. Die Sozialwissenschaften, auf dem Podium vertreten durch den Politikwissenschaftler GIDEON BOTSCH (Potsdam), seien diesbezüglich deutlich weiter.

Ein ähnliches Fazit zogen auch die Leiter_innen der Sektion über „Rassismus seit der ‚Stunde Null‘“. NORBERT FREI (Jena) und MARIA ALEXOPOULOU (Mannheim) gaben offen zu, dass sie Schwierigkeiten gehabt hätten, überhaupt genügend Geschichtswissenschaftler_innen für ihr Panel zu finden, die zu Rassismus nach 1945 in Deutschland forschten. Rassismus nach 1945 sei ein regelrechter „blinder Fleck“ in der Geschichtswissenschaft, vielleicht sei die Zäsur des Kriegsendes für viele Historiker_innen einfach zu wirkmächtig, mutmaßte Frei. Nach drei sehr fundierten Vorträgen von MANUELA BOJADŽIJEV (Lüneburg/Berlin), Maria Alexopoulou und MAIK TÄNDLER (Jena) ging das Publikum mit dem eindringlichen Appell in die Mittagspause, mehr Forschungsprojekte zu Rassismus zu entwickeln und zu bewilligen.

Eine weitere Podiumsdiskussion zu einem verwandten Themenkomplex veranschaulichte allerdings, dass es Historiker_innen (und nicht nur ihnen) bisweilen schwerfällt, angemessen über Rassismus zu sprechen und die nötige Sensibilität für das Phänomen zu entwickeln. Unter der sprachlich leider bisweilen ungeschickten Leitung von MARTIN DOERRY (Hamburg), seines Zeichens ehemaliger SPIEGEL-Chefredakteur und promovierter Geschichtswissenschaftler, hatten sich für eine Diskussion über den „Nationalsozialismus und Holocaust in der Migrationsgesellschaft“ vier Expert_innen zusammengefunden, die von ihrem Moderator alsbald in zwei Lager eingeteilt wurden: Auf der einen Seite standen die als Experten angesprochenen Professoren MICHAEL WILDT (Berlin) und ANDREAS WIRSCHING (München/Berlin), auf der anderen Seite die Kuratorin und Historikerin GÜLAY GÜN (Hamburg) sowie die Publizistin LAMYA KADDOR (Duisburg). Letztere beiden wurden offensichtlich primär in ihrer Eigenschaft als „Menschen mit Migrationshintergrund“ wahrgenommen und mussten zunächst einmal ausführlich den (möglicherweise vorhandenen) Antisemitismus in ihren eigenen Familien erörtern.

Glücklicherweise gelang es jedoch den vier Diskutant_innen mit vereinten Kräften, das Gespräch von pauschalen Unterstellungen ab- und in produktivere Bahnen hineinzulenken. Es konnte nun also um den museums- sowie schulpädagogischen Umgang mit der NS-Geschichte gehen. Länger diskutiert wurde, inwiefern sich an die Ausgrenzungserfahrung von Muslimen anknüpfen lässt, um Empathie für das Schicksal der Juden im „Dritten Reich“ zu wecken. Mit den Fragen aus dem Publikum kam freilich das unguete Gefühl zurück: Ein durchaus nicht unbekannter Historiker meldete sich alsbald mit der Frage zu Wort, was man denn nun noch sagen dürfe, wenn das Wort „Rasse“ verpönt sei – und was sei denn Herr Özil nun eigentlich, doch wohl kein richtiger Deutscher? Auf Kaddors schlagfertige Antwort „Ein Deutscher!“ reagierte der Herr mit einem hilflosen „Ja, aber...“. Eine weitere Historikerin sprang ihm bei und unterstellte den beiden Damen auf dem

Podium, bei ihrem familiären Hintergrund hätten sie ja eigentlich zwangsläufig Antisemiten werden müssen. Und so ging es weiter.

Auch die Repräsentativität in der parlamentarischen Demokratie stand in Münster zur Debatte. Um über dieses Thema zu sprechen, waren mit MARTIN SCHULZE WESSEL (München), ANDREAS WIRSCHING (München/Berlin), HÉLÈNE MIARD-DELACROIX (Paris) mehrere Geschichtswissenschaftler_innen sowie zwei ehemalige Parlamentspräsidenten, nämlich WOLFGANG THIERSE (Berlin) und ALOIS GLÜCK (Traunwalchen), eingeladen worden. Große Sorge machte allen Teilnehmer_innen das wachsende Misstrauen gegenüber der Politik, das sowohl Wirsching als auch Glück (wenn auch auf unterschiedliche Weise) auf die Individualisierung in der Gesellschaft und das Verschwinden traditioneller Milieus zurückführten. Miard-Delacroix sorgte für das komparative Element, indem sie Deutschland mit Frankreich verglich und die Bundesrepublik aus der Außenperspektive analysierte. GÜNTER BANNAS (Frankfurt am Main) führte routiniert durch das Gespräch.

Als letzter Punkt in dieser bei weitem nicht vollständigen Aufzählung politischer Auseinandersetzungen muss die [Resolution](#) genannt werden, die der Verband der Historiker und Historikerinnen auf dem Kongress verabschiedet hat und in der er zu „gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie“ Stellung nimmt. Darin sprechen sich die Geschichtswissenschaftler_innen mit Blick auf den gesellschaftlichen Rechtsruck nicht nur für eine „historisch sensible Sprache“ und „gegen den Missbrauch von Geschichte“, sondern auch für die „parlamentarische Demokratie“ und „gegen die Diskriminierung von Migranten“ aus. Die Kritik, damit hätten sie ihre wertneutrale Position als Wissenschaftler_innen aufgegeben und sich zu „[Lehrern Deutschlands](#)“ aufgeschwungen, folgte auf dem Fuße.

Doch die Resolution blieb nicht das einzige Nachspiel dieses politischen Historikertags. Im Netz wurde auch beträchtlicher Unmut über die stiefmütterliche Behandlung des wissenschaftlichen Nachwuchses laut, dessen Forschungen man in ein noch dazu schlecht organisiertes Doktorandenforum mit Posterpräsentationen ‚ausgesperrt‘ habe. Bereits am 27. September erschien ein Offener Brief der Doktorand_innen mit dem Titel „[Gespaltene Zunft? Welchen Stellenwert haben Promovierende für den Historiker innenverband?](#)“, in dem die „institutionalisierte Trennung zwischen Promovierenden und Promovierten“ beklagt wird. Eine [Antwort](#) des Historiker_innenverbands blieb nicht aus, scheint die Debatte aber eher befeuert als beigelegt zu haben. Zu guter Letzt steht noch die Frage im Raum, ob der Historikertag wohl auch weiterhin ausschließlich männlich bezeichnet

werden soll. Verschiedene Wissenschaftler_innen haben inzwischen seine Umbenennung in „Historiker*innentag“ gefordert.

Christina Müller

Dr. Christina Müller ist Literaturwissenschaftlerin und Lektorin im Philipp Reclam jun. Verlag. Sie war bis November 2016 für das Hamburger Institut für Sozialforschung als Redakteurin der Zeitschrift Mittelweg 36 sowie des Portals Soziopolis tätig.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Karsten Malowitz.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/geschichtswissenschaft-in-politischen-zeiten.html>